Amtsblatt des Landkreises Bocholt, Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Amtliche Anzeigen-Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Barres. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 215 | Montag, den 8. August | Jahrgang 1927

Nach Wirth auch Adam Röder.

Nun sind wir glücklich soweit, daß gegen den Reichsschulgesetzentwurf, der die dem Kulturprogramm der Zentrumspartei entsprechende Bekenntnisschule sichern soll, aus dem Zentrum heraus dem Liberalismus Sekundantendienste geleistet werden. Am Samstag nahm im „Berliner Tageblatt" Dr. Wirth gegen den Keudellschen Entwurf Stellung. Er erklärt, er lehne ihn nicht nur ab, sondern er werde dagegen gehen. Seine Meinung werde er noch begründen. Aus einzelnen Bemerkungen, die ihm in dem langen Artikel unterlaufen, kann man entnehmen, daß unter den Gründen für seine Gegnerschaft der Umstand eine nicht unerhebliche, vielleicht den Ausschlag gebende Rolle spielt, daß dieses Gesetz vom Zentrum mit den Parteien der Rechten gemacht werden soll.

Deutlicher wird der Reichstagsabgeordnete Adam Röder, der bekanntlich zum engeren Freundeskreis von Dr. Wirth gehört. Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht einen Artikel aus seiner Feder, in dem er zum offensichtlichen Behagen des linksdemokratischen Blattes der Simultanschule hohes Lob zollt und außerdem sich dagegen wendet, daß das Zentrum beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit der Rechten seine grundsätzlichen Schulforderungen durch das Reichsschulgesetz zu verwirklichen. Röder ist evangelischer Publizist und als solcher auf dem Wege über die Reichsliste des Zentrums in den Reichstag gelangt. Wenn wir recht unterrichtet sind, ist er in der Zentrumsfraktion ein ziemlich seltener Gast. Vielleicht ist es damit zu erklären, daß er die erstaunliche Frage stellt: „Was stellt man sich denn unter konfessioneller Durchdringung des ganzen Unterrichts vor?" Der Abgeordnete Rheinländer sagt in seinem Artikel „Die Sicherung der Bekenntnisschule", dessen zweiten Teil wir heute an anderer Stelle veröffentlichen, klar, was wir Katholiken darunter verstehen. Wir wiederholen, was er im ersten Teil darüber ausgeführt hat:

„Die gesamte Erziehungs- und Unterrichtsarbeit in dieser Schule muß darauf gerichtet sein, die Kinder nicht nur zu tüchtigen Gliedern der Volksgemeinschaft — wie das Aufgabe jeder deutschen Schule ist — sondern auch zu treuen Mitgliedern ihrer Kirchengemeinschaft heranzubilden. Also soll in einer katholischen Schule nichts gesagt und nichts getan werden, was der katholischen Glaubens- und Sittenlehre entgegensteht. Dagegen muß nicht nur im Religionsunterricht, sondern auch im gesamten Schulleben alles geschehen, was die Kinder dem katholischen Erziehungsideal nahe bringt. Man hat das kurz so bezeichnet: „Die Kinder sollen im Geiste des Bekenntnisses unterrichtet werden". Dem Geiste des Bekenntnisses entspricht es, wenn die Bekenntnisschule das Schulgebet, den Schulgottesdienst, die Vorbereitung auf den Sakramentenempfang und auch die im Schulleben herkömmlichen religiösen Gebräuche pflegt, wenn in dieser Schule die katholischen Feiertage gehalten werden, wenn überhaupt der Anschluß an das katholische Kirchenjahr in rechter Weise gefördert, das Leben im Ganzen der katholischen Kirchengemeinschaft für die Jugend zur heilsamen Gewohnheit gemacht wird. Selbstverständlich ist es, daß im katholischen Religionsunterricht nur katholische Lehr- und Lernbücher Verwendung finden. Notwendig ist ebenso, daß katholische Lehrbücher, Liederbücher, Geschichtsbücher, auch die Schülerbibliothek der katholischen Bekenntnisschule ihr Gepräge geben und den Gesamtzweck der Schule fördern. Das Wesen der Bekenntnisschule wird erst vollständig durch den Lehrer, der in dieser Schule zu wirken berufen ist. Er ist es, der durch seine Arbeit im Geiste seiner katholischen Persönlichkeit die Schule zu einer wirklichen Bekenntnisschule gestaltet."

Es ist bedauerlich, daß es einen Zentrumsabgeordneten gibt, der sich über diese wesentlichsten Gesichtspunkte des Kulturprogramms seiner Partei so ununterrichtet zeigt. Der Unfug der Reichsliste springt in diesem Falle besonders stark in die Augen. Mit dieser Feststellung soll natürlich nichts gegen die Person Roeders gesagt werden. Er ist ein durchaus ehrenwerter Mann. Wenn man aber ihn, bevor er überraschender Weise 1924 auf die Reichsliste des Zentrums kam, als einen dem Zentrum sympathisch gegenüberstehenden christlichen Publizisten bezeichnete, so war das eine ohne Zweifel richtigere Einschätzung als diejenige, die zu seiner Platzierung auf der Reichsliste führte. Doch dies nur nebenbei.

Als praktische Lösung der Schulfrage schlägt Roeder vor, alle bestehenden evangelischen und katholischen Volksschulen als Gemeinschaftsschulen zu betrachten und die bereits bestehenden Gemeinschaftsschulen als ein noli me tangere zu betrachten. Würden neue Volksschulen gegründet, so sollten sie als Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden. Diese Lösung ist vom katholischen Standpunkt aus nicht annehmbar. Neue Schulen werden hauptsächlich in den größeren Städten errichtet. Dort würde man nach dem Roederschen Vorschlag dazu gelangen, daß katholische Eltern gegen ihr Gewissen gezwungen würden, ihre Kinder in Simultanschulen zu schicken, wenn die Klassen der noch bestehenden katholischen Volksschulen besetzt sind. Solche Zumutung stellt das Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags Adam Roeder an die die katholischen Interessen mit besonderer Wärme vertretende Zentrumspartei, obwohl er im selben Artikel von der Konfessionsschule als einer alten Forderung im Zentrumsprogramm spricht, einer Forderung, „mit der das Zentrum innerlich verwachsen ist"!

Schließlich gibt dann Roeder zu erkennen, worauf es ihm vor allen Dingen ankommt:

„Auf der Suche nach Mitteln, um das ganze Zentrum auf die Seite der Reaktion zu bringen, sind die Deutschnationalen auf die Konfessionsschule gestoßen. . . . Das Zentrum soll fest mit den Deutschnationalen verbunden werden, die Schulvorlage soll den Kitt bilden. . . . Das Zentrum wird es sich also zu überlegen haben, ob es seine politisch und sozialpolitisch fortschrittlich gerichtete Grundanschauung als Preis für die Unterstützung in Sachen des Volksschulgesetzes an die Deutschnationalen zahlen will. Man kann auf die Dauer in Preußen nicht mit der Linken, im Reiche aber gegen sie regieren. Selbstverständlich kann das Zentrum im Kulturpolitischen keine Grundsätze preisgeben. Ich glaube aber, in Uebereinstimmung mit allen Kennern und sachlichen Beurteilern des südwestdeutschen Schulwesens gezeigt zu haben, daß die Gemeinschaftsschule erstens national ist, im sozialen Sinn wirkt, finanziell am billigsten wirtschaftet, und zweitens, was die Hauptsache ist, dem natürlichen Elternrecht, die religiöse Unterweisung der Kinder im Bekenntnis der Erziehungsberechtigten zu verlangen, durchaus genügt. So hat das Zentrum keine Veranlassung, unter der deutschnationalen Flagge „Konfessionsschule" in unsere innere Politik Verwirrung zu bringen."

Dem Abgeordneten Roeder, der in seinen weiteren Ausführungen die Sozialdemokraten als geeignete Partner für das Reichsschulgesetz empfiehlt, sei hierauf erwidert, daß die katholische Kirche über die Gemeinschafts- oder Simultanschule, in der evangelische und katholische Kinder gemeinschaftlich von Lehrern verschiedener Konfession unterrichtet werden, anders urteilt als er, daß ferner das, was er verlangt, einer Preisgabe eines kulturpolitischen Grundsatzes der Zentrumspartei gleichkommt, daß überhaupt in der Schulfrage das Zentrum keineswegs von den Deutschnationalen gegängelt wird, sondern daß die Wahrung des Elternrechts und der Gewissensfreiheit bei der Gestaltung des Schulwesens sowohl in dem von Dr. Wirth mitredigierten Zentrumsmanifest wie in den darauf beruhenden Richtlinien, deren Anerkennung von den Deutschnationalen gefordert worden ist, ausdrücklich als programmatische Forderung aufgeführt ist, daß das Zentrum sich schließlich dadurch, daß es mit der Rechten das Schulgesetz unter Dach und Fach zu bringen sucht, ebensowenig den Deutschnationalen mit Haut und Haaren verkauft, wie es durch die Mitarbeit an der Verfassung und zahlreichen anderen Gesetzen sich in die Abhängigkeit der Sozialdemokraten begeben hat.

So hat man die betrübliche Tatsache zu verzeichnen, daß die schulpolitische Stellung des Zentrums von Zentrumsabgeordneten, die Gegner der gegenwärtigen Koalitionspolitik im Reichstag sind, zu unterminieren versucht wird. Es wird Zeit, daß der Vorsitzende der Partei das Wort ergreift. Es wird Zeit, daß die alsbaldige Einberufung eines Parteitages ins Auge gefaßt wird, daß durch ihn klare Bahn geschaffen wird und durch ihn als maßgeblichste Parteiinstanz der Verwirrung so oder so ein Ende bereitet wird. Es wird Zeit, daß ganz eindeutig und für jedermann verständlich Wille und Weg der Partei festgelegt wird.

Die terroristischen Anschläge in Amerika.

Außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen.

× **Newyork**, 7. August. Da für sämtliche Newyorker Polizisten der Urlaub gesperrt wurde, sind 14000 Mann für äußeren Dienst verfügbar. Nicht nur sind, wie bereits gemeldet, die sämtlichen Untergrundstationen unter besonderer Bewachung, sondern auch sämtliche öffentliche Gebäude, Gerichtsgebäude, Börsen, Kirchen, Klubhäuser und die wichtigsten Büros und Wolkenkratzer. Die uniformierte Polizei und die Kriminalpolizei haben Befehl, alle Personen, die verdächtige Pakete tragen, anzuhalten und den Inhalt zu untersuchen. Für sämtliche Großstädte des Ostens, z. B. Boston, Philadelphia und Baltimore, wurden ähnliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Verschiedene Personen wurden verhaftet, aber nach der Vernehmung entlassen.

20 Verletzte bei den Explosionen in Newyork.

× **Newyork**, 6. August. Bei den Explosionen auf den beiden Untergrundbahnstationen wurden in der vergangenen Nacht mindestens 20 Personen verletzt, davon zwei schwer. Auf dem Untergrundbahnhof 4. Avenue war die Bombe in den Toilettenräumen versteckt worden. Die Polizei glaubt, daß die Bomben vorzeitig explodiert sind. Drei nach Süden laufende Lokalzüge, die sich der 28. Straße näherten, wurden rechtzeitig zum Halten gebracht. Die Kondukteure hatten große Mühe, eine Panik unter den Passagieren zu verhindern. Ein Beamter des Büros für Sprengstoffe erklärte, nach dem Charakter der beiden Explosionen seien die Bomben vermutlich mit einer Kombination von Nitroglyzerin und Dynamit gefüllt gewesen.

Die Gewalt der Explosion bei dem Bombenanschlag auf die Tiefbahnstation Broadway — 28. Straße — ist aus der Tatsache ersichtlich, daß eine 15 Zoll dicke Betonmauer weggesprengt wurde, deren Trümmer die vier Bahngleise der Strecke verschütteten. Die Wiederaufnahme des Bahnbetriebs ist erst nach Wegräumung der etwa 5 Tonnen betragenden Schuttmenge möglich.

Das Attentat in der Presbyterianerkirche in Philadelphia ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß der Geistliche am letzten Sonntag über den Fall Sacco und Vanzetti predigte und den „roten Radikalismus" in scharfen Ausdrücken verurteilte.

In Boston sind bisher keine Explosionen erfolgt, jedoch hat ein Kraftdroschkenführer am Montag abend der Polizei eine Anzahl Dynamitpakete übergeben, die er nach seiner Angabe in der Droschke gefunden habe, nachdem ein Fahrgast bezahlt und sich entfernt hatte.

⊙ **Philadelphia**, 6. August. Die in das Kellergeschoß der Presbyterianischen Emmanuel-Kirche geschleuderte Bombe hat sämtliche Kirchenfenster zerstört, ein Loch in die Grundmauer der Kirche gerissen und einen Brand verursacht, der indessen bald gelöscht werden konnte.

In einem Restaurant in Chicago und einem kleinen Laden in Rochester erfolgten Explosionen. Die Polizei bringt diese Fälle jedoch nicht mit der Sacco-Vanzetti-Angelegenheit in Zusammenhang.

Wie aus Montevideo gemeldet wird, wurde eine nicht explodierte Bombe vor der dortigen Zweigstelle der Newyorker National City-Bank gefunden.

Ein verdächtiger Anarchist verhaftet

⊙ **New York**, 6. August. In der Nähe der St. Patricks-Kathedrale wurde ein Mann, der sich verdächtig benommen haben soll, von der Kriminalpolizei verhaftet. Eine Untersuchung gegen ihn ist eingeleitet. Er hat zugegeben, Anarchist zu sein, bestritt jedoch, in der Explosionsangelegenheit verwickelt zu sein oder irgendwie an dem Sacco-Vanzetti-Fall interessiert zu sein. Er heiße Maurice L. Seigel, sei 30 Jahre alt, von Beruf Zahnarzt und vor 14 Jahren aus Rußland eingewandert.

Ein Bombenanschlag in Baltimore.

Baltimore, 6. August. Hier wurde heute morgen der Versuch gemacht, das Haus des Bürgermeisters durch eine Bombe in die Luft zu sprengen. Während der Bürgermeister sich gerade außerhalb der Stadt aufhielt, befanden sich seine Gattin, seine Kinder und andere Angehörige im Hause. Die Bombe explodierte in der Nähe der Veranda, die sie zerstörte. Verletzt wurde niemand.

Drohender Generalstreik in Amerika

Boston, 7. August. Der Sekretär Gouverneur Fullers erklärte, der Gouverneur werde über die Petition, in der er um Einleitung eines neuen Prozesses in der Sache Sacco-Vanzetti ersucht wurde, erst am Montag entscheiden.

× **London**, 7. August. Das Internationale Sacco-Vanzetti-Verteidigungskomitee hat einen Plan veröffentlicht, nach dem am Dienstag, dem Vortag der Hinrichtung Saccos und Vanzettis, ein ausgedehnter Generalstreik einsetzen soll. Diesem Plan zufolge, droht das Komitee, die Schlüsselindustrien in Newyork-City einschließlich der Verkehrsmittel und der Anlagen an der Wasserfront lahmzulegen. Das Komitee erklärt, daß die Mehrheit der Colorado-Bergarbeiter die Arbeit niederlegen werde. Weiter hat das Komitee allen Arbeitern empfohlen, sich am Dienstag nach Charlestown in Massachussets zu begeben, wo Sacco und Vanzetti eingekerkert sind, um dort eine Reihe von Demonstrationen abzuhalten.

Die Newyorker Polizei hat Instruktionen erhalten, jeden Mann und jede Frau zu verhaften, die verdächtig erscheinen, Gewalttätigkeiten zu begehen. Eine große Anzahl von Personen ist bereits nach den verschiedenen Polizeistationen gebracht worden, wo sie einem eingehenden Verhör über ihre Personalien und Zugehörigkeit zu irgendwelchen Vereinigungen unterzogen wurden. Einer der Verteidiger Saccos und Vanzettis hat sich nach Dedham begeben, um den Antrag zu stellen, einen neuen Prozeß durchzuführen, da neues Beweismaterial vorläge. Ein anderer Rechtsanwalt der Verurteilten hat Antrag auf Hinausschiebung der Hinrichtung gestellt. Der Antrag ist dem Staatssekretär des Gouverneurs von Boston unterbreitet worden, da der Gouverneur selbst nicht anwesend war.

Das vom Gouverneur Fuller eingesetzte beratende Komitee hat, wie aus Boston berichtet wird, einen Bericht über die nachträgliche Ueberprüfung des Falles Sacco und Vanzetti veröffentlicht. Das Komitet teilt die Ansicht des Gouverneurs und ist der Auffassung, daß den Verurteilten jede Chance im ordentlichen Gerichtsverfahren gegeben war.

(Weitere Meldungen siehe zweite Seite.)

Dienstag Unterzeichnung des Handelsvertrages in Paris.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 7. August. (Drahtb.)

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurden nach einer Meldung aus Paris auch am Sonntag fortgesetzt. Die noch zu überwindenden Schwierigkeiten bestehen jetzt nur noch für die in Elsaß-Lothringen zu errichtenden Konsulate. Man hofft, bis Dienstag abend die Unterschriften unter das Abkommen setzen zu können.

Wie hierzu „Der Montag" erfährt, drehen sich die Besprechungen nur noch um die Textbereinigung und einige Restschwierigkeiten, die aber keineswegs unlösbar scheinen. Auch die Frage der deutschen Konsulate dürfte ebenfalls keine Schwierigkeiten mehr bereiten. Deutschland verlangt eine Konsularvertretung in Nancy, nachdem ihm bereits fünf andere zugesprochen seien, nämlich in Paris, in Lyon, Marseille, Bordeaux und Le Havre. Sowohl in deutschen wie in französischen Kreisen scheint man ziemlich optimistisch zu sein. Dieser Optimismus und der Umstand, daß die Verhandlungen auch am Sonntag mit Nachdruck fortgesetzt wurden, lassen anderweitige Zeitungsmeldungen, die von weiteren Schwierigkeiten in den Verhandlungen wie bisher reden, insbesondere in der Einfuhr von Seide und Wolle nach Deutschland und von Maschinen und elektrischen Erzeugnissen nach Frankreich recht unwahrscheinlich erscheinen.

Schutz den Reichsfarben!

Erlaß des preußischen Innenministers für Flaggenschutz in den Seebädern.

× **Berlin**, 7. Aug. Der preußische Minister des Innern, Grzesinski, hat an die Regierungspräsidenten, die Landräte und die Polizeibehörden der Regierungsbezirke Königsberg, Stettin, Köslin, Stralsund, Schleswig, Aurich und Hannover, in deren Bereich Ost- und Nordseebäder liegen, folgenden Erlaß gerichtet:

„In den Seebädern werden leider immer noch die am Strande oder sonst im Badeleben gezeigten Flaggen in den Reichsfarben entfernt, mutwillig beschädigt oder vernichtet. Jeder Staatsbürger hat Anspruch darauf, gegen unberechtigte Störungen geschützt zu werden. Ganz besonders ist aber dieser Schutz da unbedingt sicherzustellen, wo es sich um die verfassungsmäßigen Reichsfarben, das Wahrzeichen der Nation, handelt. Das Zeichen der Flagge Schwarz-Rot-Gold schließt zugleich das Bekenntnis zur Verfassung des Reiches in sich. Der Wunsch, ein solches Bekenntnis abzulegen, darf nicht gehemmt oder gar durch die Befürchtung unterdrückt werden, beim Zeigen der Farben Schwarz-Rot-Gold Unannehmlichkeiten ausgesetzt zu sein. Ich ersuche hiernach, den erforderlichen Schutz unter allen Umständen, insbesondere auch bei Nacht, sicherzustellen. Die Landräte haben dafür zu sorgen, daß die Polizeibehörden sich ihrer Pflicht in der genannten Hinsicht, zugleich aber ihrer Verantwortlichkeit für den Fall der Zuwiderhandlung bewußt sind. Sämtliche Polizeibeamte sind dementsprechend zu belehren und zur äußersten Pflichterfüllung bei disziplinarer Ahndung jeder Lässigkeit anzuhalten. Sofern die örtlichen Polizeikräfte gegebenenfalls auch nach Vermehrung durch Hilfspolizeibeamte nicht ausreichen, sind Beamte der Landjägerei abzuordnen. Die Regierungspräsidenten weise ich ferner an, soweit es erforderlich erscheint, auch Kräfte der Schutzpolizei und Kriminalbeamte einzusetzen."

Der preußische Innenminister an Hörsing.

:: **Berlin**, 7. August. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, hat der preußische Ministerpräsident des Innern an den Oberpräsidenten z. D. Otto Hörsing in Magdeburg folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Oberpräsident! Bei Ihrem Rücktritt von dem Amte des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen namens der Staatsregierung Dank und Anerkennung zum Ausdruck zu bringen für Ihre treue Hingabe und Ihre aufopfernde Mitarbeit im Dienste des Staates. Sieben Jahre lang in politisch und wirtschaftlich schwerster Zeit haben Sie an der Spitze einer der größten und wichtigsten preußischen Provinzen gestanden und in dieser Stellung reiche Erfolge erzielt. Wie einst in gefahrvollster Zeit als Reichs- und Staatskommissar in Schlesien, so haben Sie sich auch als Oberpräsident der Provinz Sachsen als ein Mann von ungewöhnlicher Tatkraft und Energie, Verantwortungsfreudigkeit und Willensstärke erwiesen. Ihre Verdienste sind im Staatsministerium von allen Seiten dankbar anerkannt worden. Sie haben Ihre Tätigkeit nicht auf den engeren Rahmen Ihrer amtlichen Aufgaben beschränkt, sondern darüber hinaus auch den großen allgemeinen politischen Fragen Ihr Interesse zugewendet und sich namentlich als ein

unerschrockener Vorkämpfer für die deutsche Republik jederzeit hervorgetan. Ihnen auch dafür zu danken, ist mir ein persönliches Bedürfnis. Ich hoffe, daß auch in Zukunft Ihre starken Kräfte und Fähigkeiten dem Volk und Staate dienstbar und nutzbringend sein werden."

Die geschwundenen Hoffnungen des Grafen Westarp.

Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, prüft in der „Kreuzzeitung" die Chancen, die sich aus der gegenwärtigen Lage für das weitere Zusammengehen zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum ergeben. Im Gegensatz zu den Hoffnungen, die er noch vor der Sommerpause äußerte, urteilt der deutschnationale Fraktionschef jetzt ziemlich resigniert. Er entnimmt den Beschlüssen des Parteiausschusses des Zentrums vom 3. Juli und ihrer Kommentierung durch die Zentrumspresse und den Abgeordneten Stegerwald die Feststellung, „daß das Zentrum an dem Prinzip der Politik der Mitte festhält und deshalb jede Bindung an die gegenwärtige Reichskoalition über die unmittelbare Gegenwart hinaus ablehnt."

„Es liegt also (so fährt er fort) nach wie vor keinerlei Anlaß zu der Annahme vor, daß das Zentrum die einander entgegengesetzte Politik, die es im Reich und in Preußen betreibt, aufgeben wolle. Daß es einstweilen im Reich an der jetzigen Koalitionspolitik mit uns festhält, ist der Entschließung des Reichsparteiausschusses zu entnehmen. Daß es in Preußen weiter mit der Sozialdemokratie regieren will, ist zwar nicht im gleichen Maße ausdrücklich ausgesprochen, steht aber gleichfalls fest. Was es unmittelbar vor und bei den Wahlen des Jahres 1928 tun wird, bleibt offen."

Die Konsequenz, die Graf Westarp aus diesen Feststellungen zieht, läuft praktisch darauf hinaus, daß die Deutschnationalen den nächsten Wahlkampf für sich allein durchfechten und deshalb die Vorbereitungen dafür schon jetzt in die Hand nehmen müßten. Im Reichstag müsse sich, wie er meint, die deutschnationale Fraktion, gestützt auf eine geschlossen hinter ihr stehende Partei, bei der praktischen Arbeit in der Koalition weiter durchsetzen. Im Lande müsse die Partei gleichzeitig ihre volle Kraft einsetzen und sich mit neuem Leben erfüllen.

Verbot des „Kulturtages für Rheinland und Westfalen".

÷ **Dortmund**, 7. Aug. Der mit dem Dortmunder Katholikentag zusammenfallende „Kulturtag für Rheinland und Westfalen" ist, wie die Telegraphenunion mitteilt, aus verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Gründen vom Polizeipräsidenten verboten worden. Der „Kulturtag für Rheinland und Westfalen" ist daraufhin auf den 11. September verschoben worden. Es handelt sich hierbei um eine Tagung radikaler Freidenker.

Der Fall Sacco-Vanzetti

× **Paris**, 6. August. In der Nachmittagssitzung des Internationalen Gewerkschaftskongresses, der heute abend seine Arbeiten beschlossen hat, erstattete Jouhoux Bericht über die Aufnahme der Delegation des Kongresses in der amerikanischen Botschaft zur Ueberreichung eines Gesuches zur Begnadigung Saccos und Vanzettis. Der Sekretär der Transportarbeiter-Internationale Fiennes schlug dem Kongreß vor, falls die Hinrichtung stattfinden würde, solle die gesamte Arbeiterklasse sämtliche amerikanischen Erzeugnisse boykottieren. Ein anderer Delegierter forderte, daß die Arbeiter sämtlicher Länder einen Generalproteststreik organisierten. Auf Vorschlag Jouhoux' wurde schließlich dem Exekutivausschuß überlassen, eine entsprechende Maßnahme zu treffen. Die Neuwahl des Exekutivausschusses hatte folgendes Ergebnis: Jouhoux-Frankreich, Mertens-Belgien, Leipart-Deutschland, Manyden-Dänemark, Hicks-England und Payrlo-Tschechoslowakei. Interimistisch soll das Sekretariat von Sassenbach-Deutschland versehen werden.

Der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte Professor Viktor Basch hat im Namen der 140 000 Mitglieder der Liga ein Telegramm an den Gouverneur des Staates Massachusetts gerichtet, er möge die Verantwortung erwägen, die er übernehme, wenn er zwei Männer in den Tod schicke, die, wie man wisse, unschuldig seien.

× **Paris**, 6. August. Die Regierung hat beschlossen, alle kommunistischen Straßenkundgebungen zu Gunsten Saccos und Vanzettis in Paris zu verbieten.

× **Paris**, 7. Aug. Nachdem die Regierung gestern jede Kundgebung für Sacco und Vanzetti auf den öffentlichen Plätzen von Paris untersagt hat, berief das „Verteidigungskomitee" eine Massenversammlung im Bois de Vincennes ein. Auf Beschluß der Gewerkschaft der Transportarbeiter stellten heute nachmittag von 3 Uhr bis 3,10 Uhr sämtliche Straßenbahnen, Verkehrskraftwagen und die Pariser Dampfboote den Verkehr ein. Die kommunistischen Gewerkschaften und der Bauarbeiterverband forderten ihre Mitglieder auf, morgen in einen 24stündigen Proteststreik einzutreten. Am Montag werden außerdem in Lyon, Lille, St. Etienne und Boulogne und am Dienstag in Brest die Gewerkschaftsmitglieder die Arbeit niederlegen. Nachdem gleich nach Bekanntwerden der Entscheidung des Gouverneurs Fuller der polizeiliche Ueberwachungsdienst in der Umgebung der Pariser Botschaft der Vereinigten Staaten verstärkt wurde, wurden seit gestern noch republikanische Garden eingesetzt. Außerdem wurde Bereitschaftspolizei in der Nachbarschaft des Botschaftsgebäudes konzentriert.

⊙ **Stockholm**, 6. August. Der Polizeipräsident hat seine Genehmigung zu den am Montag aus Anlaß der Todesurteile über Sacco und Vanzetti geplanten Umzügen erteilt. Die Umzüge werden nicht die amerikanische Botschaft passieren. Die Arbeiter, die an den hiesigen Neubauten der amerikanischen Firma General Motors beschäftigt sind, haben beschlossen, ab Montag die Arbeit einzustellen als Protest gegen die Sacco- und Vanzetti-Urteile.

*

Streikankündigungen und Gewalttaten auch in Südamerika.

× **London**, 7. Aug. Wie aus Buenos Aires berichtet wird, nehmen auch in Südamerika die Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit der Sacco-Vanzetti-Entscheidung zu. Telegrammen aus Pergamino zufolge, explodierte gestern eine Bombe vor der Automobilagentur Ford, durch die mehrere Fensterscheiben zerstört wurden. Eine weitere Bombe explodierte auf der Eisenbahnlinie, richtete aber keinen größeren Schaden an. Demonstranten liefen auf die Straßen und zwangen die Geschäftsleute, ihre Läden zu schließen. Die Geschäftsinhaber, die sich weigerten, wurden mit Steinen beworfen. In zahlreichen Gegenden Argentiniens sind Versammlungen einberufen worden, in denen zum Boykott nordamerikanischer Waren aufgefordert wird. Die Arbeitergewerkschaft in der Hauptstadt Paraguays hat beschlossen, von Montag ab die Arbeit auf unbestimmte Zeit als Protest gegen die Hinrichtung einzustellen. Aus Montevideo (Uruguay) wird berichtet, daß auch dort am Dienstag ein Generalstreik beginnen werde.

Donnerstag oder Freitag Start zum Transozeanflug.

Der amerikanische Botschafter bei den Weltrekordfliegern.

:: **Berlin**, 7. August. Wie das WTB. von der Leitung der Junkerswerke erfährt, haben die gestrigen technischen und meteorologischen Besprechungen zu dem Schluß geführt, daß der Start der Transozeanflugzeuge nicht vor Donnerstag stattfinden wird. Nach der augenblicklichen Lage rechnet man in unterrichteten Kreisen nunmehr für Donnerstag oder Freitag mit dem Start, falls die Wetteraussichten nicht eine außergewöhnliche Verschlechterung erfahren. Heute nachmittag begab sich der amerikanische Botschafter Schurman im Flugzeug nach Dessau, um die Piloten und Professor Junkers noch vor dem Ozeanflug zu begrüßen und die beiden Flugzeuge zu besichtigen.

— **Dessau**, 7. August. Die Maschine der Deutschen Lufthansa, in der sich der amerikanische Botschafter befand, traf gegen 4,30 Uhr nachmittags hier ein. Auf dem Flugplatz begrüßte Professor Junkers seine Gäste, namentlich den Botschafter Schurman, mit herzlichen Worten. Der Botschafter sprach Professor Junkers seine Glückwünsche zu dem Gelingen des Dauerrekordfluges aus und fügte hinzu, daß er auch für den bevorstehenden Transozeanflug vollen Erfolg erhoffe. Der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Lufthansa, Dr. Heck, und Direktor Merkel überbrachten die Grüße und Glückwünsche der Lufthansa. Nachdem die Gäste in der Villa von Prof. Junkers gemeinsam mit den Teilnehmern des bevorstehenden Ozeanfluges eine Erfrischung eingenommen hatten, besichtigte Botschafter Schurman einen Teil der Flugzeugwerke. Dann versammelte man sich auf dem Flugplatz vor den beiden Ozeanmaschinen, wo Botschafter Schurman an die Flieger eine herzliche und humorvolle Ansprache hielt.

— **Berlin**, 7. August. Gegen 7 Uhr landeten der amerikanische Botschafter und die übrigen Gäste, die am Nachmittag zu Besuch in Dessau weilten, zusammen mit Professor Junkers und Gattin auf dem Tempelhofer Feld. Professor Junkers wird sich mit seiner Gattin morgen wieder nach Warnemünde begeben. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist beabsichtigt, zu dem Ozeanflug beide neuen Junkersmaschinen starten zu lassen. Man rechnet damit, daß der Start nicht vor Donnerstag dieser Woche stattfinden wird.

Amerikanische Hilfe gesichert.

÷ **Berlin**, 7. Aug. Wie das WTB. erfährt, hat der amerikanische Botschafter Schurman beim Staatsdepartement angefragt, ob eine Unterstützung der Ozeanflieger in der Weise möglich sei, daß eine amerikanische Radiostation ihnen 24 Stunden nach dem Start von Fall zu Fall Nachrichten über die Wetterverhältnisse auf der amerikanischen Seite des Ozeans und an der Küste gibt. Er fügt hinzu, daß er schon mit Rücksicht auf das unbegrenzte Entgegenkommen, das die amerikanischen Flieger in Deutschland gefunden haben, hoffe, daß eine solche Unterstützung möglich sei. In der Antwort des Staatsdepartements wird ausgeführt, daß das Wetterbüro in Verbindung mit dem Marineamt gern zu einer solchen Zusammenarbeit bereit sei. Die Station Bar Harbor Main wird entsprechend den in Amerika zweimal täglich festgestellten Wetterbeobachtungen auf der Welle 2541 die gewünschten Wetternachrichten geben und zwar von 24 Stunden nach dem Start ab um 5 Uhr morgens und 5 Uhr abends mittlerer Greenwicher Zeit. Die Berichte werden um 11 Uhr morgens und abends jeweils wiederholt.

Hapag und Flugverkehr.

× **Hamburg**, 7. Aug. Unter Bezugnahme auf eine kürzlich veröffentlichte Meldung, wonach auch die Hamburg-Amerika-Linie seit geraumer Zeit nach den verschiedensten Richtungen hin Verhandlungen eingeleitet habe, die auf die Erbauung eines geeigneten Flugzeugtyps für den Ozeanverkehr hinzielen, meldet das „Hamburger Fremdenblatt", daß hierfür in Uebereinstimmung mit den Ansichten, die man in Hapagkreisen hege, wohl nur ein Wasserflugzeug in Frage kommt. Anscheinend seien diese Verhandlungen nunmehr zu einem gewissen Abschluß gekommen, wenn es sich dabei auch nicht um eine feste Bindung auf Seiten der Hapag handele. Nach dem genannten Blatt sind die Rumpler-Werke in Uebereinstimmung mit der Hapag mit der Konstruktion eines mehrmotorigen Großflugzeuges beschäftigt, das in der Lage sein soll, etwa 100 Passagiere und eine entsprechende Menge Fracht und Post zu befördern. Erst wenn ausgedehnte Versuche die absolute Sicherheit und Zuverlässigkeit einer solchen Maschine ergeben haben, würde die Inbetriebnahme des Flugzeugs unter der Hapagflagge erfolgen. Ueber den Zeitpunkt einer etwaigen Indienststellung lassen sich daher bestimmte Angaben noch nicht machen.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Levine und Drouhin.

= **Paris**, 6. Aug. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Levine und Drouhin, die angeblich bereits vollkommen beigelegt waren, scheinen fortzubestehen, ja sich noch weiter verschärft zu haben. Havas berichtet heute aus Le Bourget, daß Levine einen Augenblick die Absicht hatte, den Ersatzmotor zu beschlagnahmen. Doch habe Drouhin rechtzeitig durch einen Gerichtsvollzieher den Schuppen, in dem die Miß Columbia sich befindet, versiegeln lassen. Nach einem Abendblatt soll es Drouhin gelungen sein, den Ersatzmotor zu entfernen. Er habe ihn nach Le Havre schaffen lassen, damit er von dort nach den Vereinigten Staaten befördert werde. Andererseits gehe das Gerücht, daß Levine sogar sämtliche Navigationsinstrumente, die sich an Bord der Columbia befanden, habe entfernen lassen.

Die Politik der baltischen Staaten.

Plan einer Zollunion und Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für den Völkerbundsrat.

× **Kowno**, 6. Aug. Der lettländische Außenminister Zeelen gewährte einem Vertreter des litauischen Blattes „Lietuva" ein Interview, in dessen Verlauf er u. a. erklärte, daß die lettländisch-litauischen Beziehungen sich seit dem Dezemberumsturz in Litauen bedeutend gebessert hätten. Lettland sei bereit, Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Litauen sofort aufzunehmen, sobald die Zustimmung Litauens dazu vorliege. Die Verhandlungen könnten eventuell sogar nach dem Muster der estländisch-lettländischen Zollunion zu einer litauisch-estländischen Zollunion führen. Die gegenwärtige lettländische Regierung werde die Politik einer Annäherung der baltischen Staaten fortsetzen, da eine solche Annäherung einen starken Faktor nicht nur in der Politik Osteuropas, sondern in der gesamten europäischen Politik bilden würde. Weiter erklärte er, daß wegen der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der baltischen Staaten für die Völkerbundsratswahlen im Herbst Verhandlungen stattgefunden hätten. Litauen, Lettland und Estland würden voraussichtlich die Kandidatur des finnländischen Kandidaten unterstützen. Endlich erklärte der Außenminister, daß Lettland keinem Bunde beitreten würde, der nur einseitige Freundschaftspflege und sich feindlich gegen andere Staaten richte. Lettland werde weder mit Polen noch mit Rußland militärische oder ähnliche Verträge abschließen. An einer Wiederaufrichtung des alten Regimes in Rußland habe Lettland keinesfalls ein Interesse. Bei einem eventuellen kriegerischen Konflikt zwischen England und Rußland, den der Minister einstweilen für ausgeschlossen hält, würde Lettland die Grenze der Neutralität nach beiden Seiten bewahren.

*

Scharfe Sprache Litauens an Polen.

:=: **Berlin**, 6. Aug. Wie die Abendblätter aus Kowno berichten, ist auf die in der letzten Zeit immer wieder auftauchenden Gerüchte über bevorstehende Wilna-Verhandlungen zwischen Polen und Litauen jetzt ein scharfes Dementi seitens der litauischen Regierung erfolgt. Das Sprachrohr von Woldemaras „Lietuve", erklärt mit größter Entschiedenheit, daß der in Polen weilende Professor Herbaczewsky weder beauftragt noch gesandt sei, um Verhandlungen mit Polen zu führen. Seine Propaganda für die polnisch-litauische Verständigung geschehe auf eigene Faust. Die litauische Regierung sei zwar, wie stets bereit, sich mit Polen zu verständigen, aber nur unter der alten Bedingung, daß Polen ausdrücklich auf Wilna verzichtet.

Tagesordnung für die Herbsttagung des Völkerbundsrates.

— **Genf**, 7. August. Die provisorische Tagesordnung für die 46. Ratstagung des Völkerbundes, die am Donnerstag, den 1. September, unter Vorsitz des chilenischen Vertreters Villegas eröffnet wird, enthält, wie üblich, die Prüfung der Arbeiten der verschiedenen Kommissionen und Organisationen des Völkerbundes. Ebenso wird der Rat die Ergebnisse der Konferenz für die Schaffung eines internationalen Hilfsverbandes, wie der allgemeinen Verkehrs- und Transitkonferenz und der Tagung der Pressesachleute, die sich alle im Verlaufe des Augusts in Genf versammeln werden, einer Würdigung unterziehen. Andererseits wird sich der Rat in Ausführung der Entschließungen der Weltwirtschaftskonferenz mit der Erweiterung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes, ferner mit dem Problem der finanziellen Hilfeleistung gegenüber einem angegriffenen Staate, mit der Ansiedlung der armenischen Flüchtlinge, mit der Liquidierung der Güter der Flüchtlinge aus Bulgarien und Griechenland, mit verschiedenen die Freie Stadt Danzig betreffenden Fragen, u. a. mit jener der Durchfuhr polnischer Munitions- und Kriegsmaterialientransporte durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig und jener der Herstellung von Flugzeugmaterial auf Danziger Territorium, beschäftigen. Dann wird der Rat die Prüfung des durch die ungarische und die rumänische Regierung beantragten gemischten rumänisch-ungarischen Schiedsgerichts wieder aufnehmen. Wie man sich erinnert, ersuchte der Rat in seiner letzten Tagung die beiden Regierungen, sie möchten die Angelegenheit einer neuen Prüfung unterziehen. Schließlich enthält die Tagesordnung des Völkerbundsrates noch den aus dem Vertrag, den die griechische Regierung vor dem Kriege mit der Vulkanwerft zur Erbauung eines Kreuzers abschloß, hervorgegangenen Streitfall. Dieser Fall bezieht sich auf die Auslegung der Artikel 190—192 des Versailler Vertrages.

Deutsches Reich.

Wiederinkraftsetzung des Haager Abkommens zwischen Deutschland und Portugal.

× **Berlin**, 7. Aug. Am 21. Juli hat in Lissabon die Unterzeichnung und der Austausch einer Erklärung stattgefunden, wonach die Artikel 1 bis 24 des Haager Abkommens über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 im Verhältnis zwischen Deutschland und Portugal wieder in Kraft gesetzt werden sollen. Die Erklärung bedarf der Ratifikation und wird demnächst dem Reichstag vorgelegt werden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Einschränkung des deutschen Lyzeums in Königshütte.

△ **Königshütte**, 7. Aug. Der Magistrat von Königshütte hat, wie erst jetzt bekannt wird, beschlossen, die erste Klasse des deutschen Lyzeums für das Schuljahr 1927/28 nicht zu eröffnen. Diese Maßnahme ist natürlich gegen die deutsche Minderheit gerichtet.

Neuer Konzessionsvertrag der Firma Friedrich Krupp in Rußland.

× **Moskau**, 6. Aug. Das Hauptkonzessionskomitee schloß mit dem Vertreter der Firma Friedrich Krupp einen neuen Vertrag in Abänderung der bisherigen landwirtschaftlichen Manytsch im nordkaukasischen Gebiet auf eine Fläche von 31 900 Hektar ab. Die Konzession wird aus einer reinen Ackerbau- in eine Ackerbau- und Viehzuchtkonzession umgewandelt. Die prozentualen Abgaben werden herabgesetzt. Die Konzession gilt bis 1958. Der Vertrag ist der Regierung zur Bestätigung unterbreitet.

Die Finanzierung der umfangreichen Wohnungsbauten in Berlin.

:: **Berlin**, 7. August. Die Errichtung von 6000 Wohnungen ohne Inanspruchnahme der Hauszinssteuer war in der Sitzung des Unterausschusses der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen am Sonnabend vormittag Gegenstand eingehender Beratungen. In Aussicht genommen war hierbei, daß die Baufirmen die Finanzierung des Bauvorhabens selbst beschaffen und der Stadt gegen eine bestimmte Pacht zur Verfügung stellen sollten, daß die errichteten Bauten nach 26 Jahren schulden- und lastenfrei in den Besitz der Stadt übergegangen haben und daß der Stadt die Möglichkeit gegeben ist, die Bauten nach 5, 10, 15 oder 20 Jahren zu vorher festzulegenden festen Kaufsummen zu erwerben. Zur Abgabe von Angeboten waren acht Firmen ersucht worden; von diesen haben vier Firmen Angebote eingereicht, und zwar Chapman & Co. mit einer Pachtsumme von 10 227 000 RM., Gemeinnützige Heimstätten Spar- und Bau-Aktiengesellschaft mit 7 719 000 RM., Philipp Holzmann A. G., Berlinische Boden-Aktiengesellschaft und Lenz & Co. gemeinsam mit 7 550 000 RM., Richter & Schädel mit 7 445 500 RM. Die Firma Chapman & Co. hat kurz vor der Sitzung ihr Angebot zurückgezogen. Der Ausschuß beschloß, den städtischen Körperschaften die Errichtung von 6000 Wohnungen auf der oben bezeichneten Grundlage zu empfehlen und der Deputation und dem Magistrat in der nächsten Woche die drei verbliebenen Angebote zur Entscheidung zu unterbreiten.

Von Nah und Fern.

Keine weiteren Femeopfer in Döberitz gefunden.

:: **Berlin**, 6. Aug. Wie die Abendblätter berichten, sind die von der Berliner politischen Polizei in Döberitz angestellten Nachgrabungen nach angeblichen weiteren dort vergrabenen Femeopfern gestern, nachdem sie mit aller Gründlichkeit betrieben waren, als ergebnislos eingestellt worden.

Frauenmord im Berliner Westen.

:=: **Berlin**, 6. Aug. Wie die „Nachtausgabe" berichtet, wurde heute in einem Seifenladen in der Kurfürstenstraße eine bisher unbekannte Frau in dem neben dem Laden befindlichen Zimmer im Bett liegend tot aufgefunden. Vermutlich ist sie von dem Inhaber des Ladens, dem ehemaligen Schutzpolizeibeamtey Paul Gutowski, getötet worden. Der Täter ist flüchtig. Die Polizei fand unter der Bettdecke die Leiche, die sich bereits vollständig in Verwesung befand. Es scheint erwiesen, daß Gutowski mehrere Tage mit der Leiche zusammen im Zimmer gewesen ist und vermutlich auch dort geschlafen hatte.

Selbstmordversuch im Gerichtssaal.

◆ **Berlin**, 6. Aug. Im Gerichtssaal versuchte der Schneider Peters, der sich wegen Pfandbruchs zu verantworten hatte und zwangsweise vorgeführt worden war, mit Scherben eines Taschenspiegels, den er blitzschnell zerbrochen hatte, sich die Pulsadern durchzuschneiden. Nach erbittertem Ringen gelang es den Justizwachtmeistern, ihm die Glasscherben aus der Hand zu reißen. Der inzwischen herbeigerufene Gerichtsarzt erklärte den Angeklagten für geisteskrank, so daß Freisprechung erfolgte. Nunmehr weigerte sich jedoch der Angeklagte, die Anklagebank zu verlassen. Schließlich konnte er zum Heimgehen veranlaßt werden.

Besuch eines schwedischen Flugzeuggeschwaders in Lübeck.

◇ **Lübeck**, 7. Aug. Gestern mittag 12,20 Uhr traf auf dem neuen hanseatischen Flugplatz Lübeck-Travemünde zur Besichtigung und zum Studium der neu geschaffenen Flugplatzanlagen ein schwedisches Flugzeuggeschwader ein.

Folgenschwerer Zusammenstoß.

)!(**Amsterdam**, 7. Aug. Heute mittag sind zwei Züge der Dampfstraßenbahn, die zahlreiche Ausflügler von Amsterdam nach einem bekannten Ausflugsort in der Umgebung bringt, in der Nähe von Laren zusammengestoßen. Drei Personen wurden getötet und zahlreiche verletzt. Die Zahl der Schwerverletzten soll sehr groß sein.

Wieder ein Hauseinsturz in London.

⊠ **London**, 7. Aug. In der City von London ist gestern nacht zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit ein siebenstöckiges Gebäude eingestürzt. Neben dem in der Nähe der Bank von England gelegenen Gebäude der Commercial Versicherungsgesellschaft wurde seit zwölf Monaten an der Wiederherstellung des Bankgebäudes der Firma Lloyd gearbeitet. Man glaubt, daß durch diese Arbeiten die Fundamente des erst dreißig Jahre alten eingestürzten Gebäudes so stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, daß der Einsturz möglich wurde. Im Laufe des Abends hatten die Arbeiter bereits gewisse verdächtige Anzeichen bemerkt und gegen acht Uhr abends die letzten in dem Gebäude befindlichen Bewohner in aller Eile herausgeholt. Gegen zehn Uhr waren weitere ernste Anzeichen des nahenden Zusammenbruches zu bemerken. Etwas nach elf Uhr stürzte das Gebäude wie ein Kartenhaus zusammen. Personen sind glücklicherweise nicht verletzt worden. Die Baupolizei befürchtet noch weitere Auswirkungen des Einsturzes, durch die eventuell auch das Börsengebäude in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

*

Schiebungen zum Schaden des Berliner Haupttelegraphenamts.

Berlin, 6. Aug. Seit einer Reihe von Jahren werden innerhalb Groß-Berlins Fernsprechleitungen unterirdisch gelegt. Zu der Verlegung brauchte man Hunderttausende von sogenannten Zementkabelbrunnen und Zementkabelröhren. Die Lieferungen der Brunnen waren an eine ganze Anzahl von Firmen vergeben. Die Aufsicht über die richtige Lieferung der bestellten Brunnen und Röhren war dem Berliner Haupttelegraphenamt vom Reichspostministerium übertragen worden. Bei einer Kontrolle wurde festgestellt, daß 1926 eine der Firmen 6000 Brunnen und Röhren zu wenig geliefert hatte, dem Lieferanten war aber trotzdem die richtige Lieferung bescheinigt worden. Man ging der Sache weiter nach und ermittelte zwei Obertelegraphensekretäre, die verdächtig schienen, an den zweifellos unrechtmäßigen Handlungen beteiligt zu sein. Bei weiterm Forschen ergab sich, daß auch in diesem Jahre von dem Lieferanten 7000 bis 8000 Stück Brunnen und Röhren zu wenig geliefert worden waren, daß die richtige Ablieferung aber wieder bescheinigt und auf Grund dieser Bescheinigung auch wieder bezahlt worden war. Die Verdächtigten legten ein Geständnis ab. Nach dem bisherigen Stand der Untersuchung ist das Haupttelegraphenamt um über 100 000 Mark geschädigt worden.

Westfälischer Schachkongreß in Bochum.

Bochum, 6. Aug. Drei Favoriten — Herrmann, Hohnhaus und Romeikat — kämpften im Meisterturnier in der letzten Runde um die Siegespalme, den Titel „Meister von Westfalen". Die Stadt Bochum stiftete ein kostbares Oelgemälde für den Sieger. Die Bretter Skowronnek — Herrmann und Romeikat — Hohnhaus waren von zahlreichen Kiebitzen umlagert, die alle auf ihre Kosten kamen. Kein defensives Positionsspiel langweilte den Zuschauer, sondern bis aufs Messer wurde um den Gewinnpunkt gekämpft. Ein Angriffsversuch löste den anderen ab. Skowronnek konnte in schlechter Stellung eine Kombination seines Gegners Herrmann widerlegen und den Remishafen erreichten. Romeikat hatte gegen Hohnhaus zwar einen Bauern gewinnen können, bei ungleichen Läufern langte es aber auch nur zu einem Unentschieden. Sander — Tamm trennten sich nach kurzem Kampfe ebenfalls unentschieden. Alsen gewann gegen Kux.

Schlußergebnis der Turniere: 1. Meisterturnier: Romeikat 6, 1. Preis, Herrmann und Hohnhaus je 5½, 2. und 3. Preis geteilt, Peppmöller 4½, 4. Preis. Skowronnek 4, Alsen und Tamm je 3, Sander 2½, Kux 2.

2. Hauptturnier: Sieger Kroll, Bochum. Titel „Westfälischer Meister".

3. Nebenturnier: Gebrüder Chedor, Bochum, 1. und 2. Preis geteilt.

Da Skowronnek im Meisterturnier 50 Proz. der möglichen Punkte erzielt hat, wird ihm ebenfalls der Titel „Westfälischer Meister" zugesprochen. — Als nächstjähriger Tagungsort wurde Dortmund gewählt.